UK-KS-01-113-2 Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller*in: KV Gelsenkirchen
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu UK-KS-01

Von Zeile 112 bis 114:
die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz zu nehmen und schrittweise die restlichen innerhalb der nächsten ~~20~~8 Jahre bis 2025 abzuschalten. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg vorgelegt, mit dem wir den Weg zum Ende des Kohlezeitalters beschreiten. Um die Weichen

Begründung

1. Die letzte BDK hat den Kohleausstieg 2025 mit gutem Grund beschlossen. Außerdem fordern wir 100% Ökostrom bis 2030 – das geht nicht, wenn wir erst 2037 aus der Kohle aussteigen. Der programmierte Tod des größten Korallenriffs der Erde, des Great-Barrier-Reefs, erinnert uns daran, dass wir bereits mitten in der Phase katastrophaler Naturzerstörung durch den Klimawandel eingetreten sind. Wer hier noch mit „Planungssicherheit für die Industrie“ oder „Arbeitsplätzen“ argumentiert, wo die schiere Existenz von Millionen Menschen bedroht ist und auch auf die deutsche Gesellschaft immense und kaum abschätzbare Folgekosten zukommen, verkennt die Dimensionen der jeweiligen Probleme und ist realitätsblind.
2. Wenn wir Grünen einen Ausstieg in zwanzig Jahren fordern - was wird dann in der nächsten Legislatuperiode passieren, selbst wenn wir an der Regierung als kleiner Koalitionspartner beteiligt werden? Die symbolische Stillegung von 2 bis 3 längst abgeschriebenen alten Kohlestromöfen? Wie ernst nimmt die Öffentlichkeit die Dramatik des Klimawandels und die Notwendigkeit für eine radikale Wende in allen Bereichen der Emissionserzeugung, wenn wir Grüne implizit sagen, wir hätten noch zwanzig Jahre Zeit aus der Kohleverstromung auszusteigen? Wie sieht es in zwanzig Jahren in Bangladesh oder Holland aus? Wieviel Sylt ist dann noch übrig? Gibt es dann noch Tiere wie Muscheln im Meer - mit Kalkskeletten?
3. Wenn wir nicht schnell handeln, werden die Folgekosten auch in Deutschland immer höher: Mehr Klimatote, mehr Ernteeinbußen durch unberechenbares Wetter, Überschwemmungen und Dürren (auch in Spanien) und folglich höhere Lebensmittelpreise, mehr Stürme, höhere Versicherungsbeiträge für Wohngebäude, mehr Überflutungen, mehr Bodenversalzung, mehr Kosten für Deichbau, mehr Behandlungskosten für tropische Krankheiten, mehr Kosten für Migrationsabwehr oder Integration von Klimaflüchtlingen aus der Sahelzone, mehr Kosten für Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr in Krisenregionen, mehr Spenden für Hungersnöte oder der Verlust der Menschlichkeit etc.